



Gleiche Rechte für alle!

Nein zum Fremdenrechtspaket 2005!

Unter dem Titel "Menschenrecht statt Fremdenrecht - ein Jahr Ehe ohne Grenzen und kein Ende?" finden am Mittwoch 18. April 2007 ab 17:00 Uhr eine Kundgebung vor dem Innenministerium, Herrengasse 7, 1010 Wien statt. Anschließend Demonstration gegen das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz zum Parlament.

In diesem Faltpapier finden sich Texte, die im vergangenen Jahr auf no-racism.net veröffentlicht wurden. Aufrufe zur Demonstration, ein Bericht von der ersten Kundgebung der Initiative Ehe ohne Grenzen und ein Bericht anlässlich einer "Bilanz" nach einem halben Jahr Fremdenrechtsnovelle 2005, in Kraft seit 1. Jänner 2006. Die Berichte haben nichts an Aktualität verloren und wurden deshalb nicht verändert, sondern lediglich mit ein paar Anmerkungen versehen

Weitere Informationen auf:
<http://no-racism.net>

HOCHZEITSTORTENMASSAKER VOR DEM INNENMINISTERIUM

Aus dem Aufruf der Initiative: Ehe ohne Grenzen:

Seit einem Jahr protestiert die Initiative: Ehe ohne Grenzen nunmehr jeden Mittwoch für ihr Menschenrecht auf Familienleben. Ungehört von den politischen EntscheidungsträgerInnen.

Für uns gibt es keine Sicherheit, jetzt und in Zukunft ein selbstbestimmtes Familienleben führen zu können - weder hier noch in den Herkunftsländern der PartnerInnen noch anderswo.

Seit 1. Jänner 2006 ist das neue Fremdenrechtspaket in Kraft. Das von ÖVP, BZÖ und SPÖ gemeinsam - und ohne Übergangsregelung - beschlossene Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) betrifft nun nicht nur die "Zugereisten", sondern im Falle binationaler Paare auch deren österreichische PartnerInnen. Das Gesetz verlangt von den ausländischen, "drittstaatsangehörigen" EhepartnerInnen, in ihr Herkunftsland (aus dem viele aus guten Gründen geflohen sind ...) zurückzukehren, um von dort - oft zum zweiten Mal und ohne jede Garantie - ihren Antrag auf Niederlassungsbewilligung zu stellen und die oft von Beamtenwillkür geprägten Entscheidungen der österreichischen Behörden abzuwarten ...

In der Zwischenzeit sind die österreichischen EhepartnerInnen damit ausgelastet, das nunmehr geforderte monatliche Mindesteinkommen von EUR 1091,- netto aufzubringen für - StudentInnen, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Teilzeitbeschäftigte, ... eine weitere Hürde im behördlichen Spießrutenlauf, die sie alleine nehmen müssen - ihren von Staats wegen illegalisierten, ausländischen EhepartnerInnen werden schließlich weder Niederlassungs- noch Arbeitsbewilligungen erteilt.

<http://ehe-ohne-grenzen.at>

Aufruf der IG Bildende Kunst

Seit 1.1.2006 ist das von SPÖ, ÖVP und BZÖ beschlossene "Fremdenrechtspaket" in Kraft, das sich durch eine erneut verschärfte Ausschlusspolitik auszeichnet und Grund- und Menschenrechte ignoriert.

Ehepaare wurde über Nacht das Recht auf Familienleben geraubt: EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen, die keinen EU-Pass haben, wird die Niederlassung verwehrt. Sie sollen in ihr

Herkunftsland zurückreisen und es dort mit einem neuen Antrag versuchen. Gleichzeitig verlangt das Gesetz von den österreichischen PartnerInnen ein monatliches Mindesteinkommen von 1091 Euro netto - gleichgültig, ob StudentInnen, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen, Teilzeitbeschäftigte.

Auf die Einschränkung der in der Verfassung verankerten Freiheit der Kunst und der Wissenschaft durch das neue Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) hat die IG BILDENDE KUNST bereits wiederholt hingewiesen: Die Niederlassungsbewilligung für KünstlerInnen als auch für WissenschaftlerInnen wurde abgeschafft, nur noch ein vorübergehender Aufenthalt ist möglich. Früher oder später müssen alle KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen ohne EU-Pass Österreich verlassen.

Zahlreiche Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof sind bereits eingebracht. Doch bis auf juristischem Weg eine Änderung der herrschenden Rechtslage erzwungen werden kann, befinden sich viele Menschen ohne EU-Pass weiterhin auf dem Schleudersitz: EhepartnerInnen wurden bereits abgeschoben. Binationale Paare müssen jederzeit mit Hausbesuchen durch die Fremdenpolizei und Schubhaft für die/den PartnerIn ohne EU-Pass rechnen.

Seit einem Jahr protestiert die Initiative Ehe ohne Grenzen jeden Mittwoch für ihr Menschenrecht auf Familienleben. Ungehört von den politischen EntscheidungsträgerInnen. "Für uns gibt es keine Sicherheit, jetzt und in Zukunft ein selbstbestimmtes Familienleben führen zu können - weder hier noch in den Herkunftsländern der PartnerInnen noch anderswo.", schreibt die Initiative Ehe ohne Grenzen in ihrem Aufruf zur Demonstration am 18. April 2007 in Wien.

Die IG Bildende Kunst schließt sich dem Demo-Aufruf von Ehe ohne Grenzen an und fordert:

- ➔ Sofortige Aufhebung der Durchführungsverordnung zum Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
- ➔ Sofortige Aufhebung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes
- ➔ Abschaffung sämtlicher Aufenthaltsregulierung von so genannten Drittstaatsangehörigen. Recht auf Aufenthalt und Niederlassung in Österreich für alle.
- ➔ Gleiche Rechte für alle!

<http://igbildendekunst.at>

Rassistische Gesetze im Dienste der Hetze

Das BMI zieht Bilanz. Ergebnis wie erwartet: Die Institutionalisierung von staatlichen Rassismen in Österreich ist verbunden mit weiterem Entzug von Rechten und systematischer Gewalt.

Rassistische Gesetze

Am 20. Juli 2006 präsentierte die Innenministerin Liese Prokop (ÖVP) ihre "Bilanz" der seit 1. Jänner 2006 gültigen Fremdenrechtsnovelle. Die Auswirkungen sind fatal - und werden in rassistischer Manier als "Erfolg" verkauft. So sei es im ersten Halbjahr 2006 zu einem Rückgang von 73,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr bei der Ausstellung von Aufenthaltsbewilligungen gekommen. Diese Zahl gilt für die SchreibtischtäterInnen als Bestätigung für ihre restriktive Politik.

Und tatsächlich sprechen die Tatsachen für einen extreme Zuspitzung institutionalisierter Rassismen. Sogar die Grüne Menschenrechtssprecherin Terezija Stoisits findet kritische Worte.(1) So kam es im letzten halben Jahr zu Schikanen bei Familienzusammenführungen und exzessiver Verhängung von Schubhaft mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent. Kinder würden von der Polizei sogar an Schulen festgenommen, um sie in Schubhaft zu stecken. Verletzungen im Zuge von Zwangsabschiebungen würde beängstigend ansteigen, was das Ausmaß der Brutalität aufzeige. Eine Brutalität, die jedoch nichts neues ist, wenn es darum geht, den "Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu brechen.

Die "Bilanz" des Innenministeriums bestätigt eine Tendenz, die seit Jahren zu beobachten ist und auf Grundlage der derzeitigen Gesetze lediglich einen vorläufigen Höhepunkt bedeutet. Denn es wurden bereits von verschiedenen Seiten Pläne für weitere Verschärfungen genannt.(2) Dabei stellte die Fremdenrechtsnovelle 2005 in weiten Bereichen lediglich eine "Legalisierung" einer schon lange Zeit üblichen Praxis dar, indem sie den SchreibtischtäterInnen und ausführenden Organen (der Exekutive) die gesetzliche Grundlage für ihr Handeln gab. Dass diese sich dadurch bestätigt fühlen und ihr rassistisches Treiben fortsetzen, ist eine logische Konsequenz.

Es geht nicht nur darum, "Zuwanderung klar und deutlich zu regeln", wie die Innenministerin ihr mit der Gesetzesreform erreichtes Ziel nannte, sondern auch um eine Entrechtung lange hier lebender Menschen. Denn diese Politik geht auf die Idee zurück, Menschen je nach Nutzen den Zutritt zur EU zu gewähren und sie nach Ablauf einer bestimmten Zeit wieder des Landes zu verweisen. Die Interessen der EU-BürgerInnen stehen dabei klar über jenen der MigrantInnen, deren Arbeitskraft es zur Sicherung des Wohlstandes zu nutzen gilt. Und sie werden in vielen Bereichen benötigt, die für die "Einheimischen" längst nicht mehr attraktiv genug sind oder diesen nicht zugemutet werden. Um genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, werden mehr und mehr Saisoniers "eingesetzt". Sie können zu Dumpinglöhnen ohne soziale Absicherung oft mehrjährig angestellt werden und müssen oft unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten und wohnen. So werden aus dem Bereich der Landwirtschaft, wo billige Arbeitskräfte vor allem für die Ernte von Obst und Gemüse benötigt werden, immer wieder dramatische Geschichten bekannt. Oder im Bereich der Haus- und Pflegearbeit, in der vor allem Frauen tätig sind. Sie werden mehr und mehr als Dienstmädchen angesehen. Die Verweigerung von Lohn, sexuelle Belästigungen und Gewalt sind dabei eher die Regel als die Ausnahme. Die restriktiven Gesetze und der dadurch rechtlose und oft illegalisierte Status machen es den ArbeitnehmerInnen schwer, sich auf rechtllichem Wege gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Denn dies könnte ihre Inhaftierung und Ausweisung zur Folge haben. Somit wird die rassistisch strukturierte Gesellschaft mehr und

mehr aufgeteilt: In jene, die über Rechte verfügen und dadurch über jene, denen diese Rechte verwehrt werden, verfügen können. Dass es dabei nicht nur zwei Positionen gibt, ist klar. So werden manchen Menschen mehr, anderen weniger Rechte zugestanden. Schlagworte wie "Integrationswille" spielen dabei eine große Rolle. Denn es geht vor allem darum, dass sich die Menschen, sofern sie in Österreich bzw. der EU leben wollen, von Nutzen sind und sich "anpassen".

Primitive Hetze?

Im Neuen Volksblatt endet der Leitartikel vom 21. Juli 2006 über die Bilanz nach einem halben Jahr Fremdengesetze 2006 folgendermaßen: "Nun zählt, dass Zuwanderung und wichtige Integrationsmaßnahmen kanalisiert worden sind, was politischen Angstmacher-Parolen Terrain entziehen sollte. Der Raum für primitiv gegen Ausländer hetzende Polit-Rabauken ist enger geworden."

Fragt sich, woher dieses Argument kommt? Wird den "primitiv gegen Ausländer hetzende(n) Polit-Rabauken" durch die Umsetzung ihrer Wünsche nicht ein Ansporn gegeben, ihre Hetze fortzutreiben? Ist die Institutionalisierung von rassistischer Hetze nicht eine Stärkung dieser? Vorsorglich wurde in mehreren Medien bereits angekündigt: "Zuzug soll noch weiter verringert werden". Die "Begründung" dafür wird von Prokop gleich mitgeliefert: "Wir brauchen im Moment nicht mehr. Wir haben mehr Arbeitslose als Arbeitsplätze". Und weiter: "Sollte sich an dieser Situation indes künftig etwas ändern, könne man die Zuwanderungsquoten immer wieder ändern und anpassen." (Die Presse)

Was kann aus diesem Argument geschlossen werden? MigrantInnen werden auf ihre Nützlichkeit reduziert. Selbst wenn sie gebraucht werden, sind sie zwar nicht erwünscht, aber dann kann zumindest darüber gesprochen werden. Und bevor die



Am 21. März 2007 fand in Anschluss an die mittwöchentliche Kundgebung der Initiative: Ehe ohne Grenzen eine Demonstration gegen rassistischen Polizei- und Justizapparat. Anlass für den Protest waren einmal mehr fehlende Konsequenzen nach einem rassistischen Polizei- und Rettungseinsatz: Am 15. März 2007 war ein strafrechtlicher "Schlussstrich" unter den gewaltsamen Tod von Seibane Wague gezogen worden. Mehr als 200 Leute demonstrierten von Innenministerium in der Herrngasse durch den 1. Bezirk bis zum Stadtpark, wo Seibane Wague in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2003 im Zuge eines Polizei- und Rettungseinsatzes umgebracht wurde.

Gesetze an die Bedürfnisse und Wünsche der MigrantInnen angepasst werden, sollen sich doch diese anpassen, unterordnen und ihr "Schicksal" akzeptieren. Wohl im Sinne christlich-sozialer Werte und des dem entsprechenden Weltbildes, in dem die Rede über "kriminelle, asylmissbrauchende und integrationsunwillige Ausländer" (Peter Hojac, BZÖ) den Rahmen bildet.

So werden Menschen zum Spielball rassistisch-polypulistischer PolitikerInnen, denen es angeblich nur um die WählerInnenstimmen bei den nächsten Wahlen geht. Ob dies für PolitikerInnen spricht, die angeblich die Interessen der Bevölkerung vertreten? Wohl nur in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft, der es mehr um die Absicherung von Privilegien der weißen EuropäerInnen geht, als um eine offene Gesellschaft, in der die angeblichen "europäischen Werte" hoch gehalten werden. Denn diese Werte lauten schon lange nicht mehr "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", sondern vielmehr Unterdrückung, Ungleichheit und Entsolidarisierung.

Jene, die damit nicht einverstanden sind, die sich gegen Ungleichheit und Ausbeutung richten und sich mit den Entrechteten solidarisch erklären, wird ebenfalls gedroht: Mit Bespitzelung, Hausdurchsuchungen, Geldstrafen und Gefängnis. Doch einen Vorteil haben sie als BürgerInnen. Sie verfügen selbst dann noch über das Privileg, zurückzukehren in den Schoß der weißen KolonistatorInnen. Doch dafür müssen sie erst ihre Bereitschaft unter Beweis stellen. So wird im Falle einer "Aufenthaltsehe" jenen StaatsbürgerInnen Straffreiheit gewährt

wird, die eine Selbstanzeige machen und ihre EhepartnerInnen denunzieren.

Angesichts dessen steigt die Notwendigkeit für zivilen Ungehorsam. Ein Ungehorsam der mehr und mehr kriminalisiert wird und letztendlich einen Bruch mit den auferlegten Regeln, Normen und Werten bedeutet. Denn auch dort, wo Ungleichheit institutionell festgeschrieben wird, gilt es sie zu bekämpfen.

Anmerkungen:

(1) Zu den Grünen sei angemerkt, dass sie sich seit einiger Zeit eine Regierungsbeteiligung wünschen. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 gab es erstmals offizielle Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP, die jedoch scheiterten. Letztendlich würde eine Regierungsbeteiligung der derzeitigen Oppositionspartei eine Fortführung der rassistischen Gesetzgebung durch die letzten "kritischen Stimmen" im Parlament bedeuten. Um die ideologischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, hat der Grüne Bundessprecher Alexander Van der Bellen schon vor einiger Zeit ein "Umdenken" seiner Partei angekündigt. Nicht ohne Widersprüche innerhalb der Partei. Erst Ende Juni 2006 kritisierte die Grünalternative Jugend Wien das neue Einwanderungsmodell der Grünen.

(2) Anm. April 2007: Auch von der derzeitigen SPÖVP Regierung sind keine Entschärfungen zu erwarten. Denn diese ist derzeit bei der Vorbereitung neuer Restriktionen.

Quellenangabe: <http://no-racism.net/article/1761>, 21. Juli 2006

Informationen zum Asyl- und Fremdenrecht 2005:
<http://no-racism.net/thema/97>

Auftaktkundgebung für Ehen ohne Grenzen



Am Mittwoch, 19. April 2006 trafen sich mehr als 100 Leute vor dem Innenministerium, um die verantwortlichen PolitikerInnen zu einer Entschärfung des Fremdenrechts zu bewegen. Doch diese überlegen

weitere Verschärfungen. Deshalb gibt es seither jeden Mittwoch um 17:00 eine Kundgebung in der Wiener Herrengasse.

Vor einem Jahr trugen sich die AktivistInnen zum ersten Mal zu der von der Initiative "Ehe Ohne Grenzen" organisierten Kundgebung vor dem Innenministerium. Nach mehreren erfolglosen Versuchen, einen Gesprächstermin mit der zuständigen Politikerin, Innenministerin Liese Prokop zu erhalten, machten sich am 12. April 2006 einige AktivistInnen auf den Weg ins Innenministerium, um Frau Prokop auf das Recht auf Familienleben aufmerksam zu machen. Dort trafen sie jedoch nur auf Beamte, die "von nichts wissen" wollten. Die Initiative sammelte zahlreiche Fallgeschichten, die gesammelt als "Unsere Geschichte" der Innenministerin übergeben werden sollen.

In der Folge wurde von der Gruppe von internationalen Paaren in Österreich, die sich unter dem Namen "Ehe ohne Grenzen" zusammengeschlossen hat, zu einer Protestkundgebung am Mittwoch, 19. April 2006 vor dem Innenministerium aufgerufen. Im Aufruf hieß es: "Das neue Fremdenrechtspaket verhindert, dass wir hier gemeinsam in Ruhe mit unseren PartnerInnen und Kindern leben können." Viele Ehen wurden aufgrund von Schlamperei und (bewusst?) falschen Informationen der Fremdenbehörden illegalisiert. Sie alle leiden unter der Ungerechtigkeit der neuen Bestimmungen!

Und genau darauf wurde bei dieser ersten Kundgebung aufmerksam gemacht. Es wurden Flugblätter verteilt, in denen



klargestellt wurde, dass das seit 1. Jänner 2006 in Österreich gültige Fremdenrecht einen Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte darstellt. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) besagt: "Jedermann hat Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs."

Doch diese Rechte werden, wie viele andere Rechte, mit Füßen getreten. Dazu kommt noch, dass Leuten, die bereits vor einiger Zeit heirateten und im zweiten Halbjahr 2005 mit der Fremdenpolizei wegen der Bearbeitung der Niederlassungsbewilligung ihrer EhepartnerInnen in Kontakt traten, bewusst falsche Informationen gegeben wurden, Akten wurden liegen gelassen - womit die Anträge seit 1. Jänner 2006 nach dem neuen Regelungen bearbeitet werden.

Wir fragten einige KundgebungsteilnehmerInnen vor dem Innenministerium, warum sie gekommen waren. Und die Antworten zeichnen ein klares Bild der Situation. Und es wurde auch deutlich, dass sich die Paare nicht mit der Situation zufrieden geben.

Aussagen von KundgebungsteilnehmerInnen

"Wir kommen nächste Woche wieder! Es wird immer wilder, täglich gibt es mehr Betroffene, die Verzweiflung wächst, der Handlungsbedarf wächst."

"Ich bin 'nur' solidarisch, aber ich finde es erschreckend. Mein Vertrauen in den Rechtsstaat ist ohnehin schon auf niedrigem Niveau und es sinkt weiter."

"Wir fordern unsere Menschenrechte ein, wollen in Frieden und angstfrei leben, wie andere Familien in Österreich auch."

"Ich hoffe, das bewegt was, wir werden nächste Woche wieder kommen."

"Ich hoffe, es kommen beim nächsten Mal mehr und dass die Leute sehen, was das Gesetz bewirkt, denn viele wissen es nicht. Ich hoffe, die Innenministerin Prokop ändert was."

"Ich bin betroffen und mir reicht's! Betroffen, getroffen! Es ist eine Frechheit, wie sie auch uns Österreicher hier behandeln. Nur weil du dich zur falschen Zeit in den falschen Mann verliebst. Ich fühle mich nicht mehr sicher in der eigenen Wohnung. Was wenn es plötzlich läutet und wer kommt, der alles zerstört? Jedesmal wenn es läutet, zucke ich zusammen. Wir wurden illegalisiert!"

"Ich find's schön, dass so viele Leute da sind und hoffe, das die Ministerin nächste Woche Zeit hat und bald was ändert. Denn dieses Gesetz gehört dringend geändert!"

Die Forderungen

Im Rahmen der Kundgebung wurden auch Unterschriften an die Innenministerin gesammelt, die von allen unterstützt werden können. Die Forderungen lauten:

- 1) Keine Schubhaft und Abschiebung dafür Aufenthaltsrecht für unsere EhepartnerInnen.
- 2) Kein neuerliches Ansuchen der bereits eingebrachten Anträge (Rückwirkende Übergangsbestimmungen).
- 3) Sanierung des Fremdenrechts: Recht auf Niederlassungsantrag für EhepartnerInnen aus dem Inland.
- 4) Keine Anwendung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes auf Eheleute.

Termintipps

underdog filmfest 2007

Mi, 25. - So, 29. April 2007 an Orten verschiedenster Kultur und Kunstinitiativen in Wien.

Das Spektrum der gezeigten Filme reicht von humorvollen, mitunter gesellschaftskritischen Kurzspielfilmen, spannende Kurzkrimis über politische Dokus zu Antirassismus, Migration, Anti-G8 Mobilisierung, Urbanität und Ökologie bis hin zu Fussball-WM-Traumaaufarbeitung, Musikvideos, Animationen, Trickfilme, experimentellen Kunstfilmen und Genderfuck...

Infos und Programm: <http://underdogfilmfest.org/2007>

Aktionstag Flucht und Migration

Mo, 4. Juni 2006

Rund um das G8-Treffen in Heiligendamm, Deutschland, finden zahlreiche Proteste zum Thema Migration statt. Insbesondere die migrationsbezogenen Netzwerke und Organisationen auf der ganzen Welt sind eingeladen, sich am Aktionstag zu beteiligen und soweit möglich einzelne Delegierte zu schicken. Jene, denen das aus welchen Gründen auch immer nicht möglich ist, sind dazu aufgerufen, dort wo sie leben oder sich gerade befinden, im Juni dezentrale Proteste zu organisieren.

Info: <http://papiere-fuer-alle.org/g8-2007>

Die Reaktion der PolitikerInnen

Bis dato gab es keine Antwort auf die zahlreichen Versuche, mit den verantwortlichen PolitikerInnen ins Gespräch zu kommen. Frau Ministerin Liese Prokop sieht "keinen Gesprächsbedarf" und auch keine Notwendigkeit, auf die Forderungen einzugehen. Statt dessen will sie sich lieber mit dem Koalitionspartner BZÖ auf weitere Gespräche einlassen. Das BZÖ und dessen Obmann Jörg Haider fordern laut Medienberichten eine Revision bzw. Aufhebung der Genfer Flüchtlingskonvention, die Abschiebung arbeitsloser Flüchtlinge und die Abschaffung der Zuwanderungsquote. Und auch letzterer Vorschlag betrifft u.a. das Recht auf Familienleben. Denn das BZÖ soll auf einer Abschaffung einer "qoutenfreien Zuwanderung" bei wie beim Familiennachzug beharren.

Ministerin Prokop erteilte laut Medien dem BZÖ anfangs eine klare Absage, präsentierte aber nun einen eigenen Vorschlag: Die Zuwanderungsquote soll nach ihren Vorstellungen künftig mit dem Arbeitsmarkt abgestimmt werden, möglichst flexibel sein und nicht wie bisher nur einmal im Jahr festgelegt werden.

Um sich auf ein weiteres Vorgehen zu einigen, wurde für 2. Mai 2006 ein so genannter "Ausländer-Reformdialog" angesetzt, bei dem sich die Regierungsparteien wohl über weitere Verschärfungen der rassistischen Gesetze unterhalten werden. Dass es dabei um konkret Lösungen gehen wird, wie von der Initiative "Ehe ohne Grenzen" gefordert, ist nicht anzunehmen. Um so wichtiger ist es, dass diese Initiative vermehrt Unterstützung erfährt und in Zukunft die rassistischen Gesetze nicht weiter ausgebaut, sonder letztendlich abgeschafft werden.

Deshalb sei hier noch mal auf die nun wöchentlich angesetzten Kundgebungen hingewiesen. Treffpunkt ist jeden Mittwoch um 17:00 Uhr vor dem Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, 1010 Wien.

Anmerkung:

Die aktuellen Forderungen und weitere Informationen zum Thema finden sich auf: <http://ehe-ohne-grenzen.at>

Quellenangabe: <http://no-racism.net/article/1648>, 20. April 2006



Zum Veranstaltung zum Zusammenhang von kapitalistischer Zerstörung, Flucht und Migration Für offene Grenzen! Gegen das globale Grenzregime!

Fr, 4. Mai 2007 im EKH, Wielandgasse 2-4, 1100 Wien

ab 19:00: lecker Vokü, Bilder, Audios und Videos zum Thema
ab 20:00: Informationen zu den Protesten zum Thema Migration rund um das Treffen der G8 im Heiligendamm (6.-8. Juni) unter dem Motto: "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!"
Warum werden Menschen dazu gezwungen, jahrelang in Lagern und Heimen zu leben? Wie sind die Zustände dort? Wie setzen sich die Menschen in den Lagern gegen die Zwangsmaßnahmen zur Wehr? Und mit welchen Repressalien sind sie permanent konfrontiert?

Info: <http://g8wien.blogspot.de>

MayDay-Parade in Wien

Di, 01. May 2007

Prekär arbeiten, prekär leben - zusammen kämpfen!
Treffpunkt: 14:00 Viktor-Adler-Markt, 1100 Wien

Info: <http://euromayday.at>